

# Correspondenzblatt

der

## Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Das Blatt erscheint  
jeden Sonnabend.

Redaktion: **P. Umbreit,**  
Berlin SO. 16, Engelshufer 15.

Abonnementspreis  
pro Quartal M. 1,50.

### Inhalt:

Sisyphusarbeit oder positive Erfolge? III und IV	Seite 517
Die neuen Steuern und ihre Wirkung auf die Volkswirtschaft. I.	519
Arbeiterbewegung. Aus den deutschen Gewerkschaften	521
Kongresse. Erster schweizerischer Heimarbeiterschutz-Kongress	522
Lohnbewegungen und Streiks. Noch ein Wort an die deutschen Arbeiter. — Vom allgemeinen Ausstand in Schweden	524

Andere Organisationen. Vom VII. Kongress der christlichen Gewerkschaften Deutschlands. (Schluß)	Seite 526
Mitteilungen. Mitteilung über eingegangene Unterstützungsgelder für Schweden. — An die Verbandsrepräsentationen	528
Hierzu: Statistische Beilage Nr. 6: Die Gewerkschaftsorganisationen im Deutschen Reich im Jahre 1908.	

### Sisyphusarbeit oder positive Erfolge?

III.

#### Lohnstatistik 1895/1908 des Centralverbandes der Maurer Deutschlands.

Der Centralvorstand der Maurer Deutschlands hat seit seinem Bestehen viel Arbeit darauf verwendet, den Stand der Lohn- und Arbeitsbedingungen einwandfrei festzustellen, und es darf angenommen werden, daß ihm das dank feiner umfangreicher und in kurzen Perioden wiederholten Erhebungen auch gelungen ist. Nach den im Jahre 1906 veröffentlichten Lohnstabellen aus dem Jahre 1905 betrug der Durchschnittsstundenlohn der Maurer (ohne die Arbeiter der Spezialberufe) im Deutschen Reich 44,5 Pf., gegen 34,3 Pf. im Jahre 1895. In dem Jahrzehnt beträgt die Lohnsteigerung also rund 30 Pf. Rechnet man die Spezialarbeiter (Fußer, Malter, Zementierer, Plattenanleger usw.), die 1905 noch nicht besonders gezählt wurden, hinzu, so betrug der Durchschnittslohn 46 Pf. im Jahre 1905 und die Steigerung somit rund 11,5 Pf. Die Feststellung des Lohnes ist damals für 218 660 Maurer in 13 300 Arbeitsorten gemacht worden.

Im Jahre 1906 hat der Maurerverband keine Statistik aufgenommen, jedoch im Jahre 1908, zur Zeit des wirtschaftlichen Tiefstandes. Diese Erhebung hat ergeben, daß seit 1905 der Stundenlohn der Maurer wieder um etwa 3,5 Pf. gestiegen ist. Vergleiche der Durchschnittsstundenlöhne in den Jahren 1895 und 1908 ergeben folgendes Bild:

In 36 Großstädten (Lohnbezirke) mit 308 Arbeitsorten ist der Stundenlohn der Maurer um 20,12 Pf. gestiegen. Das Mindestmaß der Lohnsteigerung erreichte Königsberg mit 12 Pf., das Höchstmaß Berlin mit 25 Pf. Den niedrigsten Lohn im Jahre 1895 hatte Plauen mit 28 Pf., 1908 mit 45 Pf.; den höchsten Lohn hatte Hamburg-Altona mit 60 Pf. im Jahre 1895 und 80 Pf. im Jahre 1908.

In 87 Lohnbezirken mit 509 Arbeitsorten in der umgebenen Umgebung der Großstädte stieg der Durchschnittsstundenlohn um 18,83 Pf. Das Mindestmaß der Lohnsteigerung erreichte Offenbach a. M. mit 12 Pf., das Höchstmaß Königs-Wusterhausen mit 27 Pf. Der niedrigste Lohnstand war 1895 in Marz-

ranstadt mit 27 Pf. (stieg bis 1908 auf 55 Pf.), 1908 in einigen Vororten von Frankfurt a. M. mit 48 Pf. In 38 Städten, Ortsgrößenklasse 50 000 bis 100 000 Einwohner, mit 314 Arbeitsorten ist der Stundenlohn der Maurer um 16,07 Pf. gestiegen. Der niedrigste Stand des Lohnes war 1895 in Gleiwitz mit 22 Pf., der höchste in Harburg mit 55 Pf.; beide Orte haben ihre Reihenfolge behalten: Gleiwitz mit 40 Pf., Harburg mit 80 Pf. Eine verhältnismäßig noch höhere Steigerung als Harburg hatten Mühlhausen i. G. von 29 auf 55, Potsdam von 38 auf 65 und Spandau von 40 auf 73 Pf. Die niedrigste Lohnsteigerung in der genannten Ortsgrößenklasse betrug 10 Pf.

Die Ortsgrößenklasse von 30 000 bis 50 000 Einwohner umfaßt 45 Städte (Lohngebiete) mit 276 Arbeitsorten. Der Stundenlohn ist durchschnittlich um 15,49 Pf. gestiegen. Der niedrigste Lohnstand war 1895 in Oppeln mit 22 Pf. und 1908 ebendasselbst 33 Pf., den höchsten Lohn hatte Solingen mit 40 bzw. 58 Pf. Eine Lohnsteigerung über 18 Pf. haben 7 Lohnbezirke aufzuweisen, darunter Colmar i. G. von 27 auf 50 Pf.

In 76 Lohnbezirken der Ortsgrößenklasse von 20 000 bis 30 000 Einwohner mit 521 Arbeitsorten betrug die durchschnittliche Erhöhung des Stundenlohnes 13,87 Pf. Die niedrigste Stufe wurde in Neustadt i. Oberschl. von 18 auf 29 Pf., die höchste in Neumünster von 42 auf 56 Pf. gebracht. Die größte Steigerung wurde in Eberswalde mit 26 (von 30 auf 56) Pf. erzielt.

In der Ortsgrößenklasse von 10 000 bis 20 000 Einwohner erstreckte sich die Statistik auf 184 Lohnbezirke mit 1496 Arbeitsorten. Die durchschnittliche Lohnsteigerung in diesen Bezirken betrug 14,27 Pf. die Stunde. Der niedrigste Stundenlohn betrug im Jahre 1895 in Leobschütz 18 Pf., 1908 ebendasselbst 30 Pf., der Höchstlohn stand in Elmshorn und Isehoe 1895 auf 42 Pf., 1908 in Kurlhven auf 60 Pf. Lohnsteigerungen von 20 Pf. und darüber haben 14 Lohnbezirke aufzuweisen, Fürstenwalde erreicht mit 24 Pf. (von 31 auf 55) den größten Zuwachs.

Die Lohnstatistik erstreckt sich auch auf die kleineren Städte, und zwar auf 279 Lohnbezirke der Ortsgrößenklasse von 5000 bis 10 000 Einwohner, auf

Tageslohn-Klassen	1895			1902			1908		
	Zahlstellen	Mitglieder	Prozentverhältnis der Mitglieder	Zahlstellen	Mitglieder	Prozentverhältnis der Mitglieder	Zahlstellen	Mitglieder	Prozentverhältnis der Mitglieder
Unter 3,—	29	715	9,01	2	87	0,59	—	—	—
3,— bis 3,99	87	3648	46,01	73	2 538	17,18	10	442	1,43
4,— " " 4,99	29	1945	24,53	60	5 689	38,50	69	5 041	16,27
5,— " " 5,99	6	900	11,35	16	5 072	34,33	60	17 545	56,65
6,— " " 6,99	1	721	9,09	1	1 389	9,40	10	5 407	17,46
7,— und höher	—	—	—	—	—	—	3	2 536	8,19
	152	7929	100,00	152	14 775	100,00	152	30 971	100,00

Tagesarbeitszeit	1895				1902				1908			
	Zahlstellen	Mitglieder	Prozentverhältnis der Mitglieder	Durchschnitt aller Tageslöhne	Zahlstellen	Mitglieder	Prozentverhältnis der Mitglieder	Durchschnitt aller Tageslöhne	Zahlstellen	Mitglieder	Prozentverhältnis der Mitglieder	Durchschnitt aller Tageslöhne
Länger als 10 Stunden	79	2901	36,59	3,34	38	1 413	9,56	3,74	—	—	—	—
10 Stunden	72	4974	62,73	4,40	98	7 194	48,70	4,35	112	13 592	43,89	5,04
Kürzer als 10 Stunden	1	54	0,68	3,90	16	6 168	41,74	5,57	40	17 379	56,11	6,06
	152	7929	100,00	4,02	152	14 775	100,00	4,81	152	30 971	100,00	5,61

freie, Orte oder Länderkomplexe erstrecken. Der Zimmererverband hat seit langer Zeit über die tägliche Arbeitszeit in den Sommermonaten, über die üblichen Stundenlöhne und die Mitgliederzahlen in seinen Zahlstellen fortlaufend Statistik geführt. Aus diesen Resultaten läßt sich eine vergleichende Uebersicht geben; für die drei Jahre 1895, 1902 und 1908 soll sie hier gegeben werden.

Der Zimmererverband zählte im Jahre 1895 207 Zahlstellen mit zusammen 9281 Mitgliedern, im Jahre 1902 520 Zahlstellen mit zusammen 23 898 Mitgliedern und im Jahre 1908 709 Zahlstellen mit zusammen 51 564 Mitgliedern. (Ueber die Methode der Mitgliederzählungen vergleiche Vorbemerkungen zu „Statistisches aus der deutschen Zimmererbewegung im 19. Jahrhundert.“) Vergleichbare Feststellungen über die Tagesarbeitszeit in den Sommermonaten und die üblichen Stundenlöhne liegen aus 152 Zahlstellen vor. Diese zählten im Jahre 1895 zusammen 7929 Mitglieder, im Jahre 1902 14 775 Mitglieder und im Jahre 1908 30 971 Mitglieder. Von der vergleichenden Statistik werden also für das Jahr 1895 85 Proz. aller Verbandsmitglieder erfaßt, für das Jahr 1902 61 Proz. und für das Jahr 1908 60 Proz. (Ueber die Methode der Feststellung der Tagesarbeitszeit und der Stundenlöhne informiert ebenfalls „Statistisches aus der Zimmererbewegung im 19. Jahrhundert.“)

Eine Darstellung der Tagesarbeitszeiten und der Stundenlöhne würde indes kein erschöpfendes Bild geben, weil während der Zeit von 1895 bis 1908 für viele Zahlstellen die Arbeitszeit verkürzt worden ist. Wir haben deshalb für jede Zahlstelle den Tageslohn berechnet und in die Statistik eingestellt und danach auch den Durchschnitt aller Sommertageslöhne festgestellt. Dieser beträgt für das Jahr 1895 4,02 Mk.; für das Jahr 1902 4,81 Mk. und für das Jahr 1908 5,61 Mk. Im Winter sind die Tageslöhne entsprechend der kürzeren Arbeitszeit natürlich geringer.

Die Bewegung veranschaulichen die obigen zwei Tabellen. Die erste zeigt die in Betracht kommenden Zahlstellen und Mitglieder nach sechs

Lohnklassen geordnet und die zweite Tabelle zeigt eine Ordnung nach der Sommerarbeitszeit.

Diese Tabellen veranschaulichen die Durchschnitts- von sehr vielen und großen Verschiedenheiten. Wer sich für diese interessiert, den können wir auf das statistische Werk des Zimmererverbandes verweisen: „Organisationsverhältnisse, Arbeitszeit und Stundenlöhne im deutschen Zimmerergewerbe“. Es enthält das Resultat einer umfangreichen Erhebung im Jahre 1906, die sich fragend an die einzelnen Personen wandte. Es wurden bei jenen Erhebungen 79 274 Lohnnachweise ermittelt. Die ermittelten Stundenlöhne schwanken zwischen 15 Pfg. und 1,20 Mk. und ergeben 107 verschiedene Lohnklassen. Allein jene Zusammenstellung zeigt, daß der sich daraus ergebende DurchschnittsStundenlohn in den einzelnen Zahlstellen höher ist, als er bei den Erhebungen, worauf die vorstehenden Tabellen beruhen, ermittelt wird. Das ist auch erklärlich, weil bei solchen Erhebungen, wie im Jahre 1906, alle Lohnzuschläge für besondere Arbeiten und für gewöhnliche Arbeit unter besonderen Umständen usw., die höheren Löhne für Postengesellen und Poliere, sowie Minderlöhne für nicht mehr vollenleistungsfähige und Jungesellen mit zur Darstellung kommen, worauf in vorstehenden Tabellen natürlich kein Bezug genommen werden konnte. Immerhin beweist die Statistik von 1906, daß die fortlaufende Statistik des Zimmererverbandes, worauf die vorstehenden Tabellen beruhen, durchaus zuverlässig ist; daß sie vor allem nicht übertreibt.

## Die neuen Steuern und ihre Wirkung auf die Volkswirtschaft.

### I.

Alljährlich im Hochsommer werden die Zahlen über den sogenannten Finalabschluß des Reichshaushalts vom vorhergehenden Jahre veröffentlicht, die dann später bei der Staatsberatung in der Regel das Kernstück der Ausführungen des Schatzsekretärs bilden. So hat man auch in diesen Tagen die Hauptzahlen des Abschusses des vom 1. April 1908

432 Lohnbezirke der Größenklasse von 2000 bis 5000 Einwohner und auf 211 Lohnbezirke mit weniger als 2000 Einwohnern. Eine Vergleichstatistik für die beiden Jahre 1895 und 1908 liegt jedoch noch nicht vor. Die zuletzt veröffentlichten Zahlen des Centralverbandes der Maurer ergeben, daß in dem Jahrzehnt von 1895 bis 1905 die Lohnsteigerung in den Kleinstädten rund 7% Pf. betrug, etwa die Hälfte von dem, was in den Großstädten errungen wurde; Stichproben der Lohnstatistik 1908 zeigen dagegen, daß die Lohnsteigerung bis dahin rund 13 Pf. in den Bezirken der drei Ortsgrößenklassen unter 2000, von 2000 bis 5000 und von 5000 bis 10 000 Einwohner beträgt.

Läßt man die Verschiebung in der Besetzung der Arbeitsorte seit dem Jahre 1905 außer Betracht (im Jahre 1908 war die Zahl der Beschäftigten in den Bezirken der großen Städte kleiner, in diesem Jahre ist aber der Stand von 1905 annähernd wieder erreicht), so ergibt über die Personenzahl, die direkt an der Lohnerhöhung partizipiert, folgendes Bild:

	Beteiligte Maurer 1905	Lohnsteigerung pro Stunde von 1895—1908
1. Bezirke mit 100 000 u. mehr Einw.		
a) die Großstädte für sich . . . . .	60 613	20,12 Pf.
b) die Orte der näheren Umgeb. . . . .	7 656	18,83 "
2. Bezirke mit 50 000—100 000 Einw. . . . .	16 719	16,07 "
3. " " 30 000—50 000 " " . . . . .	15 266	15,49 "
4. " " 20 000—30 000 " " . . . . .	14 563	13,87 "
5. " " 10 000—20 000 " " . . . . .	25 901	14,27 "
6. " " 5 000—10 000 " " . . . . .	22 677	
7. " " 2 000—5 000 " " . . . . .	21 365	13,— "
8. " " weniger als 2 000 " " . . . . .	6 753	
	191 513	16,20 Pf.

Hierzu kommen noch 11 629 Spezialarbeiter des Maurergewerbes, die von 1895 bis 1905 eine durchschnittliche Erhöhung des Stundenlohnes um 20,51 Pfennig errungen hatten. Im Jahre 1908 ist eine Erhebung über die Löhne der Spezialarbeiter nicht veranstaltet worden, sicher ist aber, daß die Lohnsteigerung in den Spezialgewerben nicht hinter der im Muttergewerbe zurückgeblieben ist.

Bei der Berechnung der Lohnsteigerung auf die Woche bzw. auf das Jahr ist die seit 1895 eingetretene Verkürzung der Arbeitszeit zu berücksichtigen. In den allermeisten Orten ist seit der Zeit die Arbeitszeit um eine Stunde täglich verkürzt worden, so daß diese Zeitverminderung als Grundlage angenommen werden kann. Den Orten nach überwiegt 1895 die elfstündige, 1905 aber die zehnstündige Arbeitszeit im Verhältnis wie etwa 3 zu 1. Den beschäftigten Maurern nach hält der zehnstündentag im Jahre 1905 die Mitte, woran auch im Jahre 1908 wenig geändert ist.

Wie eingangs erwähnt, stand der Durchschnittslohn im Deutschen Reich 1895 auf 34,3 Pf. die Stunde, mithin im Jahre 1908 (34,3 + 16,2) 50,5 Pf., wobei die noch größere Lohnsteigerung in den Spezialgewerben außer Ansatz geblieben ist. Unter Berücksichtigung der Arbeitszeitverkürzung beträgt der Lohnunterschied pro Tag (Sommer):

1895: 11 Stunden a 34,3 Pf. = 3,77 Mk.

1908: 10 Stunden a 50,5 Pf. = 5,05 Mk.;

pro Woche (Sommer):

1895: 65 Stunden a 34,3 Pf. = 22,30 Mk.

1908: 59 Stunden a 50,5 Pf. = 29,80 Pf.

Bei normaler Beschäftigung, unter Abrechnung von 15 Proz. Verlust für ungünstige Witterung, kann der Maurer bei elfstündiger Arbeitszeit 2507 Arbeitsstunden erzielen, und bei zehnstündiger Arbeitszeit verringert sich diese Stundenzahl auf 2372. Hierbei sind Arbeitsmangel, Krankheit usw. nicht be-

rücksichtigt. Danach ist der Jahresarbeitsverdienst:

1895: 2507 Stunden a 34,3 Pf. = 859,90 Mk.

1908: 2372 Stunden a 50,5 Pf. = 1197,86 Mk.

Der Mehrverdienst bezieht sich somit durchschnittlich und rund auf 238 Mk. Diese Zahl gibt natürlich nur ein sehr abgerundetes Bild von der Lohnsteigerung. Schon in jedem Lohnbezirk ist die Lohnerhöhung nicht für alle Arbeiter desselben Gewerbes gleichmäßig, wie sie auch für die einzelnen Bezirke der gleichen Größenklasse sehr verschieden ist. In dem einen Bezirk ist bei der gleichgebliebenen Arbeitszeit von 10 Stunden der Stundenlohn um 20 Pf. gestiegen, der andere hat sich bei Verkürzung der Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden mit einer Lohnerhöhung von 15 Pf. begnügen müssen. Bei anderen, wirtschaftlich gleichgestellten Bezirken variiert die Lohnerhöhung zwischen 6 und 15 Pf. Das sind sehr beträchtliche Unterschiede, die zu dem Endresultat führen, daß eine verhältnismäßig kleine Zahl von Maurern eine unter 100 Mk. bleibende Erhöhung des Einkommens erzielt hat, während eine beträchtliche Zahl den Durchschnitt weit überschreitet. Für das Jahr 1905 ist in der Statistik des Centralverbandes der Maurer die Steigerung des Jahresarbeitsverdienstes von 1895 an wie folgt nachgewiesen: In 57 Lohnbezirken mit 3735 Geisellen unter 50 Mk.

" 144	" 10774	" 50 Mk. bis	" 100
" 247	" 21230	" 100	" 150
" 297	" 31458	" 150	" 200
" 285	" 47994	" 200	" 250
" 165	" 29088	" 250	" 300
" 88	" 20899	" 300	" 350
" 65	" 8089	" 350	" 400
" 19	" 14458	" 400	" 450
" 9	" 1658	" 450	" 500
" 3	" 183	" 500	" 550
" 1	" 347	" 550 und mehr.	

Für 1908 liegt eine solche Aufrechnung nicht vor, die hier wiedergegebenen Auszüge aus den vorjährigen Erhebungen lassen jedoch zweifelsfrei erkennen, daß die Zahl derjenigen Maurer, die mit der Lohnerhöhung unter 100 Mk. bleiben, sehr viel kleiner als im Jahre 1905 ist. Die durchschnittliche Lohnsteigerung dürfte sich um 250 Mk. bewegen.

#### IV.

Die Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung des Lohnes der Zimmerer in der Zeit von 1895—1908.

In ihrem Streben nach dem Ziel, den Arbeitsmarkt ihres Berufes zu beherrschen, stoßen alle Gewerkschaften auf die Notwendigkeit, ihre Kraft zu mustern. Das wird durch die Pflege der Mitgliederstatistik erreicht. Dann machen sich Aufzeichnungen über die Anwendung der gewerkschaftlichen Kraft notwendig. So entstehen die Streitstatistik und die Statistik über die Lohnbewegungen. Diese Statistiken sind von den deutschen Gewerkschaften seit Jahren gepflegt worden. Damit sind die natürlichen Aufgaben der Gewerkschaften aber noch nicht erschöpft, die Statistik soll in die Vielgestaltigkeit des Gewerkschaftslebens tiefer eindringen. Zunächst macht sich die Notwendigkeit einer vergleichenden Statistik besonders über die Erfolge der Gewerkschaften auf dem Gebiete der Lohn- und Arbeitsbedingungen bemerkbar. Die Resultate der Streitstatistik und der Statistik der Lohnbewegungen reichen dazu nicht aus. Obwohl die Methode dieser Erhebungen — von einigen Verbesserungen abgesehen — jedes Jahr die gleiche war, hat sich doch fast jedes Jahr die Grundlage der Statistik verändert, indem immer neue Gebiete der Gewerkschaftsbewegung erschlossen wurden. Eine vergleichende Statistik soll sich möglichst auf die gleichen Personen-

form von 1906 litt und wird daher ihren Vätern dieselben Enttäuschungen bereiten.

Die Stenjelische Reform trug folgendes Gepräge: sie verteuerte Verkehr und Verzehr und begünstigte den Großgrundbesitz — fälschlich „die Landwirtschaft“ genannt — vor der Industrie und der mit der Industrie verknüpften städtischen Wirtschaft. Welche geradezu närrischen Folgen die Reform hatte und nach bekannnten volkswirtschaftlichen Gesetzen auch haben mußte, lehrt ein Blick auf einen ihrer Teile, die Fahrkartensteuer. Diese Steuer, die auf rund 25 Millionen Mark veranschlagt war, brachte im besten Jahre seither nur 14 Millionen Mark ein; aber der Ausfall der Eisenbahnverwaltungen an Einnahmen aus der Personenbeförderung beträgt beinahe das Doppelte dieser Einnahme! Die Finanzen des Reiches und der Einzelstaaten als Ganzes genommen, wurden also dadurch nicht gebessert, sondern verschlechtert. Die Reichsregierung sah sich deshalb auch genötigt, schon 1908 eine Reform dieser Reform vorzuschlagen, die, wenn es nach ihrem Willen gegangen wäre, schließlich lediglich auf eine Ausdehnung der Steuer auf die vierte Wagenklasse hinausgelaufen wäre. Ähnliches läßt sich von der Verteuierung des Ortsportos und des Drucksachentarifs nachweisen: auch dadurch hat die Reichverwaltung keine Steigerung ihrer Reineinnahmen zu erzielen vermocht, aber der Verkehr ist verteuert und schifaniert worden. Verkehrs- und Verzehrsteuern lassen sich nämlich nur immer bis zu einem gewissen Punkte ergiebig gestalten; wird dieser Punkt überschritten, dann bedeutet das gerade soviel, als wenn man eine Henne schlachtet, die goldene Eier legte. Das ist besonders von der Sozialdemokratie bei den letzten Steuerverhandlungen auch wieder nachdrücklich hervorgehoben worden, aber ohne jeden Erfolg. Denn auch die neuen Steuererlasse — die Stempelsteuern als ein Beispiel gerechnet — haben das gemeinsame Kennzeichen, daß sie ausschließlich Verkehrs- und Verzehrsteuern sind. Auf dem Papier belasten sie freilich alle Schichten der Bevölkerung ohne Ausnahme, je nachdem sich diese an dem Verkehr und an dem Verzehr beteiligen. Es besteht auch auf dem Papier die ausnahmslose Möglichkeit für alle Schichten der Bevölkerung, sich diesen Steuern zu entziehen; man braucht sich eben nur nicht an dem verteuerten Verkehr oder Verzehr zu beteiligen, höchst einfach! Betrachtet man die Sache aber näher, so stellt sich heraus, daß einzelne Teile der Bevölkerung über alle Massen schwerer getroffen werden als andere. Einmal durch die ganze Art dieser Gesetzgebung im allgemeinen, dann aber durch die Ausgestaltung der neuen Gesetze im besonderen.

Seit dem Jahre 1878 ist in Deutschland kein Steuer- oder Zollgesetz geschaffen worden, das nicht einer Bevorzugung der ländlichen Grundbesitzer und later ihnen wieder besonders der Großgrundbesitzer bedient hätte. Im letzten Jahrzehnt hat sich sogar Form und Höhe dieser Bevorzugung gegen früher entschieden verstärkt. Die Zollgesetzgebung vom Jahre 1902 mit ihrer unvershämten Belastung der nichtagrarischen Volksteile findet jetzt erst ihre Krönung und ihren Abschluß in den neuen Steuern. Es läßt sich nachweisen, daß trotz der oben erwähnten enormen und verwüstenden Rüstungsausgaben das Reich — sonst alles gleichbleibend gedacht — heute noch wie 1878 schuldenfrei dastünde, wenn nicht die schamlose Liebesgabenwirtschaft durch alle die Jahrzehnte hindurch betrieben worden wäre.

Rechnet man die Erportprämien für Zucker, die Branntweinliebesgaben, die Heberweisungen auf Grund der Frankenteinschen Klausel, die versteckten Ausfuhrprämien für Korn durch Ausgabe von Einfuhrscheinen zusammen, dann ergibt sich mit Zins und Zinsszins eine Summe von 4500 Millionen Mark, die fast genau der Schuldensumme (4750 Millionen Mark) entspricht. In diesem Gelde ist aber nicht die durch die Zölle verursachte Verteuierung der Lebensmittel enthalten; der Roggenzoll von 5 Mk. verteuert beinahe den üblichen Laib Schwarzbrot von 5 Pfund um 16—17 Pfennige, die Getreidezölle allein belasten die deutschen Protektoren jährlich um rund 800 Millionen Mark; dazu kommt, wie man weiß, noch eine ganze Reihe anderer Lebensmittelverteuern. Die Denkschrift zur Begründung der letzten Reichsfinanzreform gibt selbst die Belastung einer fünfköpfigen Arbeiterfamilie durch Zölle und Verbrauchsabgaben im Jahre auf rund 100 Mk. an. Auf den Kopf der Bevölkerung entfielen an Zöllen und Verbrauchssteuern in den Jahren 1876/77 6,8 Mk., 1895/96 15,21 Mk., 1901/02 16,52 Mk., 1907/08 19 Mk. Das sind aber lediglich Durchschnittsberechnungen, die die ganze Schwere der Belastung für die minderbemittelten Volksschichten nicht erkennen lassen. Durch Zölle und Steuern werden vornehmlich die unbedingt notwendigen Bedarfsartikel verteuert; nun müssen die Familien mit einem jährlichen Einkommen bis etwa 2400 Mk. bis zu 50 Proz. ihrer Gesamteinnahmen und darüber für bloße Lebensmittel ausgeben, also auch entsprechend viel Steuern aufbringen. Dazu kommt noch ein anderes: der Anteil der nichtagrarischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung hat sich seit 1871 mehr als verdoppelt; Deutschland ist heute nicht mehr vorzugsweise ein Agrarstaat, sondern ein Industrieland. Die Belastung zugunsten der Agrarier trifft also mit jedem Jahre einen größeren Anteil an der gesamten Volksmenge. Immer mehr Arbeiter, Angehörige der freien Berufe, städtische Unternehmer werden den Agrariern tributpflichtig; die volkswirtschaftliche Bedeutung der Landwirtschaft steht in einem lächerlichen Mißverhältnis zu der Fürsorge, die man ihr in den Gesetzen zuteil werden läßt. Man kann sagen, daß heute „die Landwirtschaft“ nur noch eine parasitäre Existenz bei uns führt. Dabei muß man immer bedenken, daß in diesem Zusammenhange der Kleinbäuerliche, zum Teil auch noch der mittelbäuerliche, Betrieb überhaupt außer Betracht fällt; die Bevorzugung kommt, wenn nicht ausschließlich, so doch zu 90 Proz. dem Großgrundbesitz zugute. Das bedeutet aber nichts anderes, als daß den volkswirtschaftlich höchstehenden Gruppen der Bevölkerung Einkommen und Kapital zugunsten einer volkswirtschaftlich niedriger stehenden Minderheit entzogen wird. Die für die Ernährung unseres rasch wachsenden Volkes unbedingt notwendige industrielle Entwicklung wird dadurch aufgehalten, in einzelnen Zweigen sogar direkt zersätet.

## Arbeiterbewegung.

### Aus den deutschen Gewerkschaften.

Der Buchdrucker „Korrespondent“ beschäftigt sich in einer seiner Artikelferien neuerdings mit der Frage der Jugenderziehung. Schon im zweiten Artikel beginnt er, gegen die von Partei und Gewerkschaften in vielen Orten eingeleiteten Jugendausschüsse Sturm zu laufen. Er for-

bis zum 31. März 1909 laufenden Finanzjahres bekanntgemacht. Er zeigt einen geradezu beklagenswerten Stand der Reichsfinanzen. Das effektive Defizit des Reichshaushalts, der für das Finanzjahr 1908 aus Rücksicht auf die schon im Jahre 1907 einsetzende Krise besonders vorsichtig aufgestellt worden war, beträgt weit mehr als 100 Millionen Mark; allein aus den Zöllen ergibt sich gegen das Vorjahr (1907) eine Mindereinnahme von 94 Millionen Mark; aber auch bei den Verbrauchssteuern sind starke Mindereinnahmen gegen die Voranschläge festzustellen und die Reichseigenbetriebe haben kaum das geliefert, was man von ihnen erwarten zu können glaubte. Da zu mindestens 100 Millionen Mindereinnahmen noch eine Schuldenvermehrung um 76 Millionen Mark hinzugekommen ist, so steigt die Unterbilanz des Jahres 1908 auf 176 Millionen Mark an, vorausgesetzt, wie gesagt, daß es nicht noch schlimmer kommt.

Dieses erstaunlich schlechte Ergebnis ist zwei Jahre nach der Fertigstellung der berühmten Stengelschen Finanzreform vom Jahre 1906 zu verzeichnen; die, wie man sich erinnern wird, der alte Nationalliberale Büsing damals als das größte politische Werk seit der Reichsgründung bezeichnet hatte. Die Stengelsche Finanzreform ging darauf aus, das Reich nicht nur von dem schon damals bis zur Unerträglichkeit gesteigerten Defizit zu befreien, sondern es auch darüber hinaus künftig finanziell selbständig zu machen. Durch fünf Steuern forderte die Regierung zusammen rund 245 Millionen Mark und wollte dazu „möglichst viele und möglichst leistungsfähige Kreise heranziehen, um die nun einmal nicht mehr vermeidbare erhebliche Neubelastung der Steuerzahler tunlichst gerecht zu verteilen“.

Angenommen wurden schließlich: eine neue Brausteuern, eine Zigarettensteuer, eine Stempelsteuer auf Frachtturkunden und auf Fahrkarten, eine Automobilsteuer, eine Tantiemensteuer und eine Erbschaftsteuer. Diese Erbschaftsteuer hatte das Reich aber mit den Einzelstaaten zu teilen.

Das gewünschte Ergebnis hat die Stengelsche Steuerreform nicht gehabt. Der beste Beweis dafür ist ja in dem Umstand gegeben, daß die Regierung schon 1908 sich genötigt sah, neue 500 Millionen Mark Steuern vom Reichstag einzufordern. Untersucht man die Gründe, warum die Stengelsche Finanzreform fehlschlug, dann kommt man sofort auf die Grundursachen des deutschen Finanzelends: seine Haupteinnahmen zieht das Reich aus den Zöllen, den Verbrauchsabgaben, den Stempeln und den eigenen Betrieben. Bis auf die geringfügige Erbschaftsteuer, die wir heute haben, und die ganz unbedeutende Tantiemensteuer hat das Reich bisher überhaupt keine direkten Steuern ausgeschrieben. Zwei Hauptbedenken machen sich zunächst vom Standpunkt des Finanzpolitikers gegen diese Art der Besteuerung geltend, nämlich erstens, daß die indirekten Steuern nicht auf begrenzte Zeit bewilligt werden, und zweitens, daß sie in ihren Erträgen allen Schwankungen der wirtschaftlichen Konjunktur folgen. Dazu kommen zwei rein politische Bedenken, die sich ebenfalls gegen dieses System richten, nämlich einmal, daß durch die Zölle auf notwendige Lebens- und Genussmittel den Konsumenten nicht nur ein Beitrag zur Reichskasse abgefordert wird, sondern daß darüber hinaus zugunsten einer verhältnismäßig kleinen Schar von Besitzenden der Lebensbedarf der übergroßen Mehrheit unseres Volkes ungebührlich verteuert wird; und endlich,

daß die stärkere Belastung der großen Massen im Verhältnis zu der der Besitzenden ein überwiegend aus den Kreisen der Besitzenden rekrutiertes Parlament immer veranlassen wird, die Ausgaben des Reiches leichtem Herzens zu erhöhen. Wenn jede neue Vorlage für Vermehrung der Rüstungen zu Lande und zu Wasser sofort ihren Ausdruck in einer Erhöhung der mittels des Steuerzettels auf direktem Wege dem Volke abgeforderten Steuern bedeuten würde, dann schwände sicherlich die Neigung, immer neue Kriegsschiffe auf Stapel zu legen, immer neue Heeresformationen zu schaffen, wie Butter an der Sonne dahin. Dann aber wäre mindestens eine Quelle der finanziellen Not des Reiches verstopft.

Daß das Deutsche Reich in eine solche jämmerliche finanzielle Verfassung geraten konnte, ist geradezu eine Ungeheuerlichkeit. In der eigenartigen politischen Verfassung unseres Volkes liegt es begründet, daß die Sorge für die Pflege der Kulturaufgaben nicht dem Reiche, sondern den Einzelstaaten auferlegt worden ist. Geht man den Etat des Reiches, der für 1909 im ordentlichen und außerordentlichen Etat rund 2½ Milliarden Mark beträgt, von Anfang bis zu Ende durch, dann findet man noch keine 100 Millionen Mark für Kulturaufgaben, in welcher Zahl aber bereits die Ausgaben für die Arbeiterversicherung mit enthalten sind. Mit lächerlich geringen Summen figurieren die Bildungszwecke, die Förderung der Gesundheitspflege, die Unterstützung rein wissenschaftlicher Unternehmungen und dergleichen im Reichsetat. Aber das Reichsheer erfordert im ordentlichen Etat nahezu 700 Millionen Mark, die Marine 145 Millionen Mark, und der Reichsschuldendienst 175 Millionen Mark, dazu noch 100 Millionen Mark einmaliger Ausgaben für das Heer, 160 Millionen Mark einmaliger Ausgaben für die Marine und im außerordentlichen Etat noch 40 Millionen Mark für das Heer und 109 Millionen Mark für die Marine. Nun kann man sich freilich sagen, daß jedes Volk die notwendigen Vorkehrungen für den Schutz seiner Grenzen gegen auswärtige Feinde treffen muß; die Sozialdemokratie hat das auch niemals verkannt, vielmehr bei wiederholten Gelegenheiten ausdrücklich zugestanden. Eine ganz andere Frage ist aber, ob es angeht, einmal diese Ausgaben in einer solchen Weise zu erhöhen, wie es bei uns in Deutschland der Fall ist und zweitens die Aufbringung der Gelder in der bei uns gebräuchlichen Form vorzunehmen. Wir verneinen diese beiden Fragen. Das Urteil aller nicht offiziellen militärischen Sachverständigen — es ist merkwürdig, wie die verabschiedeten Offiziere das fast ohne Ausnahme anerkennen! — steht auf unserer Seite, wenn wir behaupten, daß ein wirksames System der Landesverteidigung mit einer weitgehenden Schonung der wirtschaftlichen Kräfte des Volkes wohl vereinbar ist; und nur die verböhrtesten unter unseren Gegnern leugnen, daß die Aufbringung der Mittel in der heutigen Form ein schweres Unrecht gegen die minderbemittelten Volkskreise ist. Die Elle ist allmählich länger geworden als der Arm. Und wenn heute die Reichsregierung im Bunde mit einer bürgerlichen Mehrheit 100 Millionen Mark neue Steuern dem Volke auferlegen will, dann richten sie für mindestens 300 Millionen Mark volkswirtschaftlichen Schaden an.

Es läßt sich der Nachweis führen, daß auch die berühmte „Finanzreform“ vom Jahre 1909 ihr angelegliches Ziel nicht erreichen wird. Denn sie krankt an denselben Fehlern, an denen die Stengelsche Re-

arbeitenden Löhne; 2. das Drucksystem, Zweitingeltem und die blinden Maforde; 3. die Beeinträchtigung der Heimarbeiterschaft durch das Zerger- oder Zwischenmeister und das Abzugswesen; 4. die überlange Arbeitszeit Nacht- und Sonntagarbeit; 5. die Beschäftigung minderjähriger Kinder; 6. die unzureichende Ernährung und das Wohnungselend; 7. die vielfachen Gefährdungen der Gesundheit der Heimarbeiter und des die Heimarbeitserzeugnisse konsumierenden Publikums.

IV. Zur Erzielung einer wirksamen Heimarbeitserreform in von der organisierten Arbeiterkraft der Schweiz zu verlangen: 1. die sofortige Förderung der gewerkschaftlichen Organisation der Heimarbeiter und des Beitrittes der Heimarbeiterschaft zu den Zentralverbänden; 2. die Annahme der Vorarbeiten für ein zu schaffendes schweizerisches Heimarbeitsergesetz seitens des schweizerischen Arbeiterbundes und der Gewerkschaften; 3. Maßnahmen zur Beseitigung der Heimarbeit in der Konfektions-, Leder-, Nahrungsmittel- und Genußmittelindustrie, überhaupt in solchen Erwerbsarten deren Hausbetrieb eine Schädigung der Proportien oder sonstigen bedeuert; 4. die Unterstüzung der Heimarbeiterschaften in der Abschließung von Tarifverträgen in der gewerkschaftlichen Beschäftigung elektrischer und anderer mechanischer Betriebskräfte für die Heimarbeit; 5. die Ausdehnung der Kranken-, Unfall- und Altersversicherung auf die Heimarbeiter und in der Gründung von Heimarbeitserlagerereien; 6. die Organisation von ständigen schweizerischen Heimarbeiterschutzkongressen, soweit solche nötig sein werden.

V. Von der Eidgenossenschaft ist zu verlangen: 1. der Erlaß eines schweizerischen Heimarbeitsergesetzes; 2. die Schaffung eines Heimarbeitserinspektorates mit den nötigen männlichen und weiblichen Inspektionspersonal zum Zwecke der Durchsicht des eidgenössischen Heimarbeitsergesetzes.

VI. Von den Kantonen muß erwartet werden: 1. die wirksame Mithilfe zur Einführung der elektrischen Kraft in diejenigen hausindustriellen Anlagen, in denen der Motorbetrieb der Arbeiterkraft Nutzen bringt; 2. die Mitwirkung der Kantonsbehörden, der Lehrer und Lehrerinnen zur Durchführung derjenigen Vorschriften des eidgenössischen Heimarbeitsergesetzes, welche den Mindererschutz betreffen; 3. das Verbot von Arbeiten mit gemeinlich gefährlichen zur Schaffung neuer Erwerbsmöglichkeiten für solche Bevölkerungskreise welche durch das Verschwinden gewisser nicht mehr lebensfähiger Heimarbeitserarten erwerbslos werden.

VII. Der erste schweizerische Heimarbeiterschutzkongress, zuzuziehen ein Aktionscomité zur Durchführung seiner Beschlüsse.

### II. Professor Dr. Brunhes:

In der Erwägung dessen, daß das maßlose Verlangen der ununterrichteten Mäuler nach immer billigeren Waren die tote ökonomische Ursache für die unbearbeitete Verarmung der Löhne in der Heimarbeit ist, und in Erwägung dessen, daß die Konsumenten aus hygienischen Gründen, aus persönlichem Interesse und aus Gerechtigkeitsgefühl gegen dieses Hebel auftreten müssen, spricht der Kongress den folgenden Wunsch aus:

1. Anwendung der Empfehlungsmarken (Label), damit nach der Wos in Gené durch die 1. internationale Konferenz der sozialen Mäuler angenommen Resolution) die Konsumenten in den Stand gesetzt werden, die unter günstigen Bedingungen, d. h. von gut behandelten und gut bezahlten Arbeitern in hygienisch einwandfreien Räumen hergestellten Waren beim Einkauf an einer Empfehlungsmarke zu erkennen, und dies ebensowohl in bezug auf die von Heimarbeitern als von anderen Arbeitern hergestellten Gegenstände.

2. Mithilfe bei der Gewerbeinspektion, damit die Heimarbeitserreform schleunigt und die Arbeit der offiziellen und inoffiziellen Inspektoren und Inspektorinnen, besonders bei dieser so komplizierten, sich der stornolle entscheidenden Arbeitsteilnahme und durch den guten Willen und die methodisch organisierte stornolle der Gewerkschaften und der Sozialen Mäuler unterstützt und ergänzt werde.

### III. Professor Dr. Bauer:

Der Kongress fordert gesetzlichen Schutz der menschlichen Arbeitskraft in der Heimarbeit. Er verlangt zu diesem Zwecke:

1. In Sachen der Lohnreform. a) Vom Bund: Erlaß eines Heimarbeitsergesetzes auf Grund des Gewerbeaufsichtsgesetzes mit der Aufgabe: Einsetzung von Einigungsämtern

zur Festsetzung von rechtsverbindlichen Mindestlöhnen in der Heimarbeit. Verbot des Drucksystems, Befestigung der Lohnsätze vor Uebernahme der Aufträge, Regelung der Entlohnung des Abzugswesens, Erledigung von Streitigkeiten aus Lohnverhältnissen in der Heimarbeit durch Gewerbegerichte.

b) Von den Kantonen: Auszahlung des eidgenössischen Lohnes für die Arbeiterkleidung in vollem Umfange an die Heimarbeiter.

c) Von den Gemeinden: Geeignete Maßnahmen der Wohnung und Verhältnissen zur Beseitigung der Mithilfe.

d) Von Bund, Kantonen und Gemeinden: Direkte Ausgabe der Uniformfabrikation für die Arbeiter für Eisenbahn, Post und Telegraph, von Straßenbahn, Polizei und andere Angehörige an die Heimarbeiter ohne Veranlassung an Unternehmer, mindestens nicht an solche die nicht Tarifangehörige sind.

2. In Sachen des Kinder- und Frauenlohnes und der Sonntagarbeit: Verbot der Arbeit von Kindern unter 12 Jahren und der Frauenarbeit durch Bundesgesetz; Einführung einer Schwere für Arbeiterinnen; Verbot der Sonntagarbeit.

3. In Sachen des Gesundheitslohnes: a) Vom Bund: Verbot gesundheitsgefährlicher Verfahren und Verhältnisse in der Heimarbeit. Verhaltensmaßregeln an die Kantone beim Ausbruch von ansteckenden Krankheiten, Deklarationszwang der in der Heimarbeit hergestellten Waren der Konfektions- und Lebensmittelindustrie.

b) Von den Kantonen und Gemeinden: Erlaß von Wohnungsverordnungen zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse, Wohnungsinspektion.

4. In Sachen der Versicherung der Heimarbeiter: Ausdehnung der Kranken- und Unfallversicherung des Bundes und der Altersversicherung der Kantone auf die Heimarbeiter. Subvention von stornollfonds, Stromabgabegenossenschaften und Genossenschaftslagerereien.

5. In Sachen der Durchführung dieser Postulate: Registreierung, Ergänzung des Fabrikinspektorates durch männliche und weibliche Heimarbeitserinspektoren oder wenigstens technisch und volkswirtschaftlich gebildetes Personal.

6. In Sachen des internationalen Arbeitserlohnes: Der Bund ergreift die Initiative zum Abschluß von internationalen Heimarbeitserverträgen.

In der Diskussion wurde den Thesen der Referenten im allgemeinen zugestimmt, doch wandten sich einige Arbeitervertreter gegen die Besche Thesen wegen Förderung des Bezuges von elektrischer Kraft. Es wurde entschieden bestritten, daß dieses zur Verbesserung der Lage der Heimarbeiter beitragen könne. Von anderer Seite wurde bezweifelt, daß es möglich sein werde, die Bundesregierung und die Regierung der Kantone zu einem wirklichen Arbeiterschutz zu veranlassen, da der Einfluß der Unternehmer an all diesen Stellen ein zu großer sei. Besonders Pfarrer Pfleger drückte sich hierüber in scharfer Weise aus. Er meinte:

In Deutschland könne man wohl vom Staat etwas erwarten, dort sei man in bezug auf Sozialgesetze fortschrittlicher. Wir aber leben in der Schweiz! Hier fehlen noch Kranken- und Unfallversicherung, Altersversicherung, Arbeitslosenunterstützung etc. Der Bundesrat hat sich nicht einmal zur Heimarbeitserreform herbeigelassen. Bundesrat und Nationalversammlung haben in ihrer übergroßen Mehrheit überhaupt kein Verständnis für Sozialpolitik. Einflußreiche Männer wie Sulzer und Bally vertreten den unerschrockenen Standpunkt, daß der Staat als Arbeitgeber den Privaten nicht vorangehen dürfe. Die Bundesbahnen zahlen die bescheidensten Löhne, Reklamationen der Militärarbeiter sind in zynischer Weise vom Bundesrat abgefertigt worden. Unter solchen Umständen ist auf absehbare Zeit vom Bund kein Heimarbeiterschutzgesetz zu erwarten. Leider ist aber auf die Organisation der Heimarbeiter auch keine große Hoffnung zu setzen und ebensowenig auf die Mäuler.

Von anderer Seite, so auch von Greulich, wurde dieser pessimistischen Auffassung entgegengetreten. Greulich verkennt nicht die Schwierigkeit der Lage

bert die Verbandsmitglieder auf, die Buchdruckerlehrlinge von dem Besuch der Veranstaltungen der Jugendausschüsse und vom Beitritt in die Jugendorganisationen abzuhalten. Den Gewerkschaften und besonders der Generalkommission wird der Vorwurf gemacht, sie lassen sich in allen wichtigen Fragen von der Partei das Messer „aus den Händen winden“. Und der Partei wird das Zeugnis ausgestellt, ihre Taktik gehe dahin: „Wie kompromittiere ich die Gewerkschaften nach außen, um ihnen den Nimbus der Neutralität und Unabhängigkeit gründlich zu rauben?“ (!) Das Blatt bezeichnet dann schließlich die „sozialdemokratisch-gewerkschaftliche Jugenderziehung als für die Gewerkschaften gemeinschädlich,“ die „unbedingt abgelehnt werden“ müsse.

Wir haben keine Ursache, die Gewerkschaften bzw. die Generalkommission gegenüber diesen ebenso takt- als verständnislosen Anwürfen zu verteidigen, weil sie in sich selbst zusammenfallen. Uns ist nicht bekannt, daß die „Korrespondent“-redaktion jemals irgendwelche Schritte zur Erziehung der Buchdruckerjugend unternommen hätte. Solange der „Korrespondent“ nicht mit praktischen Resultaten auf diesem Gebiete aufwarten kann, wird er sich mit dem Schicksal abfinden müssen, daß die Gewerkschaften auf dem von ihnen nun einmal als richtig erkannten Weg weiter gehen. Die gewerkschaftliche Neutralitätsfrage hat wirklich nichts damit zu tun, da die eingeleitete Organisation der Jugenderziehung außerhalb des gewerkschaftlichen und politischen Kampfes vor sich geht. Die gewerkschaftlichen Interessen können dabei nur durch die Mitarbeit der Gewerkschaften gewahrt werden. Das Recht der einzelnen Verbände, besondere Abteilungen für ihre jugendlichen Arbeiter und Lehrlinge zu errichten, wird durch die Mitarbeit gewerkschaftlicher Kreise in den Jugendausschüssen nirgends angetastet; es ist im Gegenteil recht erwünscht, daß in dieser Richtung mehr als bisher geschieht. Die Gewerkschaften haben ein sehr großes Interesse daran, daß die nun einmal vorhandenen Bestrebungen der jungen Generation nach Schulung und Betätigung in Bahnen gelenkt werden, die zu ersprießlichen Resultaten führen. Sie haben dagegen kein Interesse daran, die Jugenderziehung den konfessionellen Jünglingsvereinen oder deren Extrem, anarchistischen Phrasen zu überlassen. Der „Korrespondent“ wird es also den Gewerkschaften gefälligst überlassen müssen, selbst darüber zu entscheiden, was für sie „gemeinschädlich“ ist oder nicht.

„Der Hafenarbeiter“ setzt mit einer recht wirksamen Agitation aus Anlaß der ungeheuren Belastung der Arbeiter durch die neuen Reichsteuern ein. Der große Raubzug auf die Taschen des arbeitenden Volkes kann nur durch eine Stärkung der gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse entgegengetreten werden. Zweifellos ist der jetzige Moment, in dem die ungemein drückende neue Besteuerung der Armen in Kraft tritt, für eine große Propagandaaktion der Gewerkschaften sehr geeignet.

Die Arbeitslosigkeit im Holzarbeiterverbände hatte nach den Erhebungen im Monat Juli folgenden Umfang: Bericht hatten 776 Zahlstellen mit 144 791 Mitgliedern. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen betrug im Monat 10 829, davon 3717 am letzten Tage des Monats. Auf je 100 Mitglieder entfielen im Juli 2,57 Arbeitslose gegen 3,10 im Vormonat und 3,72 im Juli des Vorjahres. Die Verbesserung gegenüber dem Vorjahre hat demnach auch im Juli angehalten. An Arbeits-

losenunterstützung wurden 50 009,36 Mk. gezahlt für 35 310 Tage an 3352 Mitglieder. 9045 Mitglieder erhielten Reiseunterstützung für 15 145 Tage mit 14 234,71 Mk.

Im Verbands der Stuckateure wird in den nächsten Wochen eine umfangreiche Propaganda für die Einführung der Erwerbslosenunterstützung entsprechend dem Beschlusse des Casseler Verbandstages begonnen. In allen bedeutenden Verbandsorten werden Versammlungen zur Beratung der Angelegenheit abgehalten und im Anschluß daran wird eine Urabstimmung vorgenommen. Ergibt diese eine Mehrheit von 60 Proz. der Abstimmenden, so wird die Erwerbslosenunterstützung am 1. April 1910 nach der Vorlage des Hauptvorstandes zum Verbandstage in Cassel eingeführt.

Der Verband der Kalligraphen zählt am Schlusse des zweiten Quartals 488 Mitglieder.

Der Zimmererverband leitet in den nächsten Wochen eine umfangreiche Agitation im ganzen Reiche ein. In allen Versammlungen lautet die Tagesordnung: „Die Verbesserung der beruflich-wirtschaftlichen Lage der Zimmerer; die Bestrebungen des Centralverbandes und die Arbeiterverbände.“

## Kongresse.

### Erster schweizerischer Heimarbeiter-Schutzkongreß in Zürich.

Anläßlich der in Zürich veranstalteten Heimarbeitersausstellung fand am 8. und 9. August ein Heimarbeiter-Schutzkongreß statt. Da eine Präsenzliste nicht vorlag, kann über die Zusammensetzung des Kongresses nichts Genaueres gesagt werden, jedenfalls trat das bürgerliche Element in den Vordergrund, während die Vertreter der Arbeiterorganisationen mehr eine sekundäre Rolle spielten. Die „Neue Zürcher Nachrichten“ sagten in ihrem Bericht über den Kongreß: „Der Universitätsprofessor, der Jurist, der Staatsmann, der Staatsbeamte, der Großindustrielle, der Kaufmann, der Landwirt, der Arbeiter bis zum Heimarbeiter selbst waren vertreten.“ Auch die Referate wurden nicht von Arbeitervertretern, sondern von Professoren gehalten. Herr Professor Beck aus Freiburg, ein Geistlicher, sprach über die volkswirtschaftliche und soziale Bedeutung der Heimarbeit, der Rektor der Freiburger Universität Brunhes über die Heimarbeit und der Konsument, der Direktor des internationalen Arbeitsamtes in Basel, Professor Bauer, über die gesetzliche Regelung der Heimarbeit.

Die von den einzelnen Referenten aufgestellten Thesen, die in den betreffenden Referaten ausführlich begründet wurden, hatten folgenden Wortlaut:

#### I. Professor Dr. Beck:

I. Die Hausindustrie ist eine Erwerbsform, welche in der Schweiz rund 100 000 Arbeiterinnen und Arbeiter beschäftigt und sich über sämtliche Kantone erstreckt. Rechnen wir die durch Hausindustrie ernährten Familienmitglieder dazu, so ergibt sich, daß durch die Hausindustrie nahezu 10 Prozent der schweizerischen Wohnbevölkerung erhalten werden. Daraus läßt sich die soziale und wirtschaftliche Bedeutung dieser Erwerbsform für die Schweiz erschließen.

II. In der schweizerischen Hausindustrie herrschen zurzeit ökonomische und soziale Mißstände, welche das Einschreiten der Berufsvertretungen und der Staatsgewalt dringend notwendig machen.

III. Die unerträglichsten Mißstände, an welchen gegenwärtig unsere Hausindustrie leidet, sind: 1. die gänzlich un-

und bezeichnet als das Fundament, auf dem man aufbauen könne, die Organisationen der Arbeiter selbst. Diese würden sich entwickeln und Fortschritte erzwingen. Wenn dann der Staat, der heute so stark unter dem Einflusse der Unternehmer stehe, sieht, daß in der Arbeiterschaft Ernst gemacht wird, würde er sicherlich einlenken.

Die Ibejen der Referenten wurden mit einigen Aenderungen angenommen. Das von Beck vorgeschlagene Aktionscomité soll nicht vom Kongreß selbst, sondern vom Vorstande des schweizerischen Arbeiterbundes eingesetzt werden, wobei alle interessierten und am Kongreß beteiligten Gruppen berücksichtigt werden sollen.

In seinem Schlussworte sprach der Vorsitzende des Kongresses, Herrichter Otto Lang, die Hoffnung aus, daß die Verhandlungen im ganzen Lande reichen Widerhall finden und daß den Worten auch Taten folgen mögen. J. S.

## Lohnbewegungen und Streiks.

### Noch ein Wort an die deutschen Arbeiter.

Bereits im Februar dieses Jahres haben wir die deutsche Arbeiterschaft aufgefordert, die Erzeugnisse der Butterick Publishing Company, des bekannten nordamerikanischen Schnittmuster-Frucht, zu meiden. Diese Firma steht an der Spitze eines Teils der nordamerikanischen Druckereiunternehmer, die ihrem Personal die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit verweigern und den Kampf gegen die Gewerkschaften der Arbeiter mit allen Mitteln führen. Die Firma Butterick Publishing Company versendet ihre Erzeugnisse über die ganze Welt. In Deutschland sind ihre Zeitschriften unter den Titeln „Moden-Revue“, „Buttericks Moden-Album“ und „Buttericks Moden der Hauptstädte“ bekannt und enthalten dieselben Abbildungen und Beschreibungen von Moden, von deren Verbreitung der Verkauf ihrer Muster-Schnittmuster abhängt. Wenn die deutschen Arbeiter und deren Frauen und Töchter sich weigern, die „Moden-Revue“, „Buttericks Moden-Album“, „Buttericks Moden der Hauptstädte“, sowie auch alle Schnittmuster der Butterick-Gesellschaft zu kaufen, so würde dieser Erfolg der internationalen Solidarität der Arbeiterklasse nicht ohne Einfluß auf diese Hauptführer der Feinde der amerikanischen Gewerkschaften bleiben. Es ist der Kampf um die Anerkennung des Organisationsrechts der Arbeiter, den unsere Genossen in den Vereinigten Staaten kämpfen, und wir erwarten dringend, daß die deutschen Arbeiter alles tun, um diesen Kampf erfolgreich zu gestalten.

### Vom allgemeinen Ausstand in Schweden.

Die dritte Streikwoche hat bereits begonnen. Die Ausständigen stehen trotz aller Versuche der Unternehmer, sie zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen, fest wie eine Mauer. Das gilt selbst für die Unorganisierten, die sich in einer Anzahl von circa 100 000 dem Ausstande angeschlossen haben.

Die Unternehmerzentrale hat den Nachrichtendienst für Schweden und das Ausland zu einer systematischen Beschwindelung der Öffentlichkeit gestaltet. Bereits seit den ersten Streiktagen hat die Presse Nachrichten von einem Abbröckeln des Streiks verbreitet. Und doch hat jeder Tag aufs neue immer neue Scharen in den Ausstand gezogen. Von 200 000 am Schlusse der ersten Streikwoche ist die Zahl der

Ausständigen am Schlusse der zweiten Woche auf mehr denn 300 000 gestiegen. Selbst die größtenteils aus Unternehmerkreisen stammenden offiziellen Zahlen gaben in der vorigen Woche 286 000 Ausständige an. Damit ist endgültig festgestellt, daß die Nachrichten des größten Teiles der bürgerlichen Presse direkt erlogen sind.

Von besonderem Interesse sind die Wirkungen des Ausstandes auf das öffentliche Verkehrsweien. Die Gewerkschaftsleitung hatte die Eisenbahner nicht zur Teilnahme an dem Ausstande aufgefordert. Sie brauchte sie nicht, weil sie klugerweise vorausah, daß die völlige Stilllegung der Industrie den Eisenbahndienst bald überflüssig machen würde. Das ist auch in vollem Maße eingetroffen. Am letzten Sonnabend schon wurde festgestellt, daß mehr als 300 oder 25 Proz. aller schwedischen Eisenbahnzüge eingestellt waren wegen Mangels an Fracht und Passagieren. Die noch fahrenden Züge führen nur wenige Wagen und befahren nur die wichtigeren Teile ihrer Strecken.

Vom gleichen Schicksal ist der Schiffsverkehr betroffen. Auch hier fehlen Fracht und Passagiere, so daß viele Schiffe anlegen müssen, ohne daß ihre Besatzungen am Ausstande beteiligt sind.

Auch im Postverkehr machen sich ähnliche Erscheinungen bemerkbar. Da das gewerbliche und industrielle Erwerbsleben stillgelegt ist, hat auch die Post wenig Beschäftigung.

So haben sich die Kalkulationen der Gewerkschaftsführer in allen Punkten als richtig erwiesen. Sie konnten auf alle diese Beamten- und Arbeiterkategorien verzichten, weil der Zweck, die Stilllegung des Verkehrs auch ohne ihre direkte Teilnahme am Ausstande erreicht werden mußte, sobald die industrielle Arbeiterschaft ihren Kampf mit aller Energie durchführte. Da dieser Kampf sich nicht gegen Staat und Gesellschaft richtet, sondern gegen das organisierte Unternehmertum, dessen Bestrebungen und Taktik, wäre es unflug gewesen, diese Arbeitergruppen gleich mit in den Kampf hineinzuziehen. Ihre Teilnahme am Kampfe hätte das Unternehmertum kaum mehr getroffen als die Arbeiterschaft.

Auf diesen Umstand muß eindringlich aufmerksam gemacht werden, weil vielfach aus der Nichtteilnahme der Eisenbahner am Ausstande eine Schwäche der Position der Gewerkschaften herauszulesen gesucht wird. Der schwedische Ausstand ist nun einmal der erste wirklich organisierte, systematisch durchdachte Generalausstand, der von organisierten Arbeitermassen geführt wird. Er paßt vielleicht nicht mehr in die Auffassung hinein, die man sich bisher theoretisch von dem Generalstreik gemacht hat. Aber solche Kämpfe können nur durch die Praxis bestimmt werden, wie sie selbst aus praktischen Bedürfnissen herauswachsen.

Die Bemühungen der Unternehmer, die Ausständigen wandend zu machen, sind, wie schon festgestellt wurde, erfolglos geblieben. Die Mittel, die zu diesem Zwecke angewandt wurden, sind recht bezeichnend für die Kampfesführung der Unternehmer. Ein Beispiel: Die Stockholmer Straßenbahner nehmen einmütig am Ausstande teil, mit Ausnahme der Kontrolleure und sonstiger höherer Beamten. Diese Leute hatte der Führer der Unternehmerzentrale gleich vom ersten Tage zur Verfügung. Ebenso das sogenannte bürgerliche „Schutzkorps“, das auf Kosten der Unternehmerorganisation gleich beim Beginn des Streiks eingerichtet wurde und bisher keine andere Aufgabe gehabt hat, als die Aus-



ständig zu provozieren. Aber der Leiter der Unternehmer ließ den Straßenbahnbetrieb fast eine Woche stillliegen. Sodann infizierte er nach Arbeitswilligen und bereits am nächsten Tage fuhren einige Straßenbahnwagen, geführt von Kontrolleuren und Mitgliedern des Schutzkorps, in Straßenbahneruniform. Die Bevölkerung und vor allem — die ausländische Presse sollte glauben, die Streikbühnen seien wandelnd geworden, Arbeitswillige hätten sich genug gemeldet. In Wirklichkeit stehen die Straßenbahner heute noch ebenso entschlossen im Streik wie am ersten Tage.

Der Stockholmer Polizeipräsident hat sich in ähnlicher Weise zum Zwecke der Täuschung der Öffentlichkeit betätigt. Er ordnete an, daß die Fuhrwerksbesitzer ihre Droschken in möglichst großer Zahl in Betrieb setzen müssen, andernfalls wurde ihnen die Entziehung der Konzession angedroht. Eine Deputation der Droschkenbesitzer versuchte, ihm klarzumachen, daß die Ausfuhr seiner Befehle unmöglich sei. Die Fuhrwerksbesitzer selbst seien nicht in der Lage, zu fahren, Personal könnten sie nicht erhalten. Der Polizeipräsident erklärte ihnen rundweg, es läge gar nicht darauf an, ob sie die Pferde steuern, wenn sie nur die Regeln halten können. Auch sollten sie nicht die entlegensten Straßen aussuchen, sondern in den verkehrsreichsten Straßen auf und ab fahren. „Hauptsache ist, daß die Räder rollen,“ schloß seine lakonische Antwort!

Der Zweck der Uebung war also auch in diesem Falle, die Öffentlichkeit zu täuschen. Man glaubt, mit diesen groben Bluffs die Arbeiter wankelmütig machen zu können. Dazu diente auch die Sperrung des schwedischen Telegrammbureaus für die Nachrichten der Streikenden; nur die Mitteilungen der Unternehmerzentrale fanden Verbreitung durch das offizielle Bureau. Der Beginn der dritten Streikwoche, auf den die Unternehmer die größten Hoffnungen gesetzt hatten, machte indes alle diese Hoffnungen zerschanden. Die Arbeiter blieben fest, die Organisierten vollständig, die Unorganisierten mit nur wenigen Ausnahmen ebenfalls.

Die Gewerkschaften wollen nun mit dem Beginn der dritten Woche Unterstüßungen an die Bedürftigen gewähren. Ein Aufruf der Landeszentrale an die lokalen Streikcomités fordert diese auf, die Bedürftigkeit der einzelnen Ausständigen zu prüfen und die Versorgung mit den notwendigsten Lebensmitteln zu organisieren, wozu die Konsumvereine mit herangezogen werden sollen.

Der Buchdruckerstreik wirkt nicht so intensiv wie erwartet wurde. Die Journalisten und Buchdruckereibesitzer machen selbst Streikbrecher, die größeren Blätter erscheinen daher in kleinen Ausgaben, die die Ausständigen mit Kübeln von Urat und Verleumdungen bewerfen. Den Buchdruckern wird der „Tarifbruch“ mit den schärfsten Worten vorgeworfen, während diese löblichen Blätter nie ein Wort des Tadels gegen die vielen Tarifbrüche der Unternehmer in den letzten Jahren gefunden haben. Diese Taktik befolgt übrigens auch die deutsche Unternehmerpresse. Die „Deutsche Industriezeitung“ verübt aus dem angeblichen Tarifbruch der schwedischen Buchdrucker Kapital gegen die Tarifverträge auszuverleihen. Dieses Beginnen ist durchaus verfehlt. Als die deutschen Holzindustriellen in mehreren Orten im Jahre 1907 Tarifbruch verübten, hat die „Industriezeitung“ solche Schlüsse nicht gezogen. In diesem besonderen Falle aber gilt, was Dr. Breitfeld im „Waubuch“ soeben sagt: Wo es sich um

Kämpfe handelt, die das Unternehmertum herauszufechen, um der Arbeiterschaft jede Möglichkeit des weiteren kulturellen Emporstiegens zu nehmen, da reicht das Urteilsvermögen des Advolaten nicht aus, um über das Recht und die Pflichten des Tarifvertrages ein Urteil abzugeben.

Aber noch mehr: Die Organisation der Buchdrucker wollte sich in diesem Kampfe neutral verhalten. Die gleiche Pflicht hätten dementsprechend auch die Buchdruckereibesitzer gehabt, wenn sie von den Arbeitern die Weiterarbeit verlangten. Aber vom ersten Tage des Kampfes an stand die ganze bürgerliche Presse im Dienste des aussperrenden Unternehmertums. Mann man im Ernste von den Schriftsetzern und sonstigen Druckerarbeitern verlangte, daß sie neutral bleiben sollen, um mitzuhelfen bei der Besänftigung und Verleumdung ihrer Arbeitsbrüder in anderen Erwerbszweigen, die einen Kampf um die Lebensinteressen der ganzen Arbeiterklasse des Landes führen müssen? Zeige Memmen mühten die schwedischen Buchdrucker sein, die keinen Funken Arbeiterehre im Leibe hätten, würden sie sich dazu haben gebrauchen lassen. Die Neutralität der einen hat die Neutralität der anderen Partei zur Voraussetzung; etwas anderes kann es nicht geben.

Der Kampf kostet dem schwedischen Erwerbsleben bereits viele Millionen. Der Produktionsausfall beträgt täglich zirka 5 Millionen Kronen, wozu die Verluste des Staates, der Verkehrs-gesellschaften, usw. kommen. Mindestens 1/2 Million Kronen bedarf das in der schwedischen Industrie investierte Kapital täglich zur Verzinsung. Diese Summe geht ebenfalls täglich verloren.

An jenen Verlusten ist auch deutsches Kapital in hervorragendem Maße beteiligt. Die bekannte Berliner Vorkurszeitung „Der Plusus“ nimmt diese Tatsache zum Anlaß, die Kampfestatistik des schwedischen Unternehmertums einer scharfen Analyse zu unterziehen. Nachdem „Der Plusus“ jene von den Unternehmern den Gewerkschaften aufgezwungene Vertragsbestimmung, wonach Sympathiekämpfe erlaubt sind, einer vernichtenden Kritik unterzogen hat, fährt er fort:

„Diese Auffassung der Tarifverträge hat aber für Schwedens Wirtschaftsleben eine Bedeutung, die weit, weit über die streife der direkt Beteiligten hinaus wirkend werden muß. Denn die schwedischen Arbeitgeber haben in der Tat dadurch, daß sie in unverständigem Verrentum die Arbeiter ihre Kraft fähig lassen wollten, um sie zur Einwirkung in einseitig ungerechte, ja in logisch widersinnige Verträge zu zwingen, das schwedische Wirtschaftsleben fortwährend beunruhigt. Dieses schwedische Wirtschaftsleben aber steht nicht isoliert da. Schweden ist kein Land, das nur durch Einfuhr und Ausfuhr von Waren mit den übrigen Ländern der Weltwirtschaft verbunden ist, sondern Schweden ist sehr wesentlich auf ausländische Märkte angewiesen. Schweden ist ein kapitalarmes Land. Und die Ausdehnung seiner Industrie steht in gar keinem Verhältnis zu seinem Kapitalreichtum. Die schwedischen Unternehmer haben ihre wirtschaftliche Schulung zum Teil in Hamburg, in Lübeck und in Zettin erhalten. Sie haben dort großzügige Unternehmungen kennen gelernt und haben sie in eigenen Lande nachgeahmt. Nicht mit eigenem Kapital, sondern mit dem Gelde ihrer Lehrmeister. Man sagt den schwedischen Unternehmungen nach, daß sie nicht sonderlich solide aufgebaut seien, daß starke Schulden auf ihnen lasten. Und ebenso, wie fast sämtliche schwedischen Staatsanleihen von deutschen Kapitalisten gezeichnet wurden, sind die schwedischen Unternehmer an Deutschland und an England verschuldet. Vielfach nicht direkt, sondern auf dem Umweg über ihre Banken. Das schwedische Unternehmertum läßt deshalb durch sein Verhalten eine außerordentliche Verantwortung auf sich. Nicht bloß, daß es dem eigenen Lande Millionenverluste zufügt. Viel schlimmer erscheint mir, daß ein großer

Inhalt geben. Solche ethischen Bestrebungen fänden sich auch in den Reihen des Klassenkampfes. Wir suchen die Ethik in der christlichen Weltanschauung und legen daher ausschlaggebendes Gewicht darauf, daß die konfessionellen Arbeitervereine gedeihen. Man wende ein, diese Vereine seien zu reaktionär, würden von alten Handwerkern geleitet und hätten für moderne Gewerkschaftsbestrebungen kein Verständnis. Um so notwendiger sei es, durch zähe Kluge Mitarbeit in diesen Vereinen Einfluß zu gewinnen. Man sage nicht, der moderne christliche Arbeiter habe das nicht mehr nötig; er brauche keine Fechtzüge, Prozessionen und dergleichen mitzumachen oder sich religiös binden zu lassen. Es schade doch niemand, sich an solchen Demonstrationen zu beteiligen, selbst Arbeitersekretären nicht. Es sei bedenklich, reaktionären Gegnern durch Fernbleiben einen Grund zu Angriffen zu geben.

Auch die Jugendorganisation habe man bisher unterschätzt. Erst das Vorgehen der Sozialdemokratie habe uns die Pflichten der Jugend gegenüber zum Bewußtsein gebracht, und es sei gut, wenn jemand da sei, der solche Anregungen gebe. Man solle aber nicht bloß seine eigenen Jungen in die Jugendvereine schicken, sondern sich auch selbst um diese Vereine bemühen, freilich nicht mit Reden, wie sie in den Gewerkschaften gehalten würden. Das treffe auch in bezug auf die Arbeiterinnen zu, deren gediegene Erziehung von großem Interesse sei.

Im weiteren erörtert der Redner die Aufgaben der katholischen Arbeitervereine, ihr Zusammenwirken mit den christlichen Kartellen bei Veranstaltung von Unterrichtskursen, Errichtung von Sekretariaten usw. und kommt dann auch auf die katholischen Absonderungsbestrebungen der sogenannten Fachabteilungen zu sprechen. Er empfiehlt, die Polemik mit diesen aus den öffentlichen Veranstaltungen möglichst zurückzudrängen. Theoretische Auseinandersetzungen hätten erst dann Wert, wenn diese Leute fähig wären, wirtschaftlich zu denken, was nicht der Fall sei. Im Anschluß an die Auseinandersetzungen nach der internationalen Züricher Konferenz hat sich zwischen dem Redner und dem bekannten Jesuitenpater Resch eine Polemik entwickelt, in der Resch schließlich erklärt habe, wenn die christlichen Gewerkschaften die Interkonfessionalität nicht lassen könnten, dann möchten sie sich wenigstens auf den Boden des positiven Christentums stellen. Diesen Wunsch Resch's verstehe er nicht, und man könne ihm nicht solche leisten, denn „positives“ Christentum sei stets konfessionell und die christlichen Gewerkschaften hätten keine religiösen Aufgaben. Man habe auch daran Anstoß genommen, daß durch so offene Behandlung schwacher Punkte lediglich der Sozialdemokratie Vorschub geleistet werde. Diese Gefahr sei naheliegend, aber die Schuld daran tragen die Kreise, die den christlichen Gewerkschaften fertige solche Schwierigkeiten bereiten. Die Fachabteilungen gehen mit den Selben zusammen und ihre harten Angriffe schädigen uns. Die Opferwilligkeit und Begeisterung in unseren Reihen dürfe nicht erschüttert werden. Hinter der Fachabteilungsbewegung stehe nicht bloß eine anti-gewerkschaftliche, sondern auch eine politisch reaktionäre Richtung, der die katholischen Arbeiter als Bollwerk dienen sollen. Der Redner sprach schließlich die Hoffnung aus, daß die katholischen Fachabteilungen doch noch einmal den Weg zu

den christlichen Gewerkschaften fänden, weshalb die Spannung nicht verschärft werden dürfe. Vor allem dürfe den eigenen Mitgliedern nicht verwehrt werden, in die katholischen Arbeitervereine einzutreten und dort Mitglied zu bleiben. Man müsse in den katholischen Vereinen aller Art energisch tätig bleiben, um den Einfluß gewerkschaftlicher Bestrebungen zu ver stärken. Aber nie dürfe vergessen werden, daß die christlichen Ideale die Voraussetzung für die Existenz der christlichen Gewerkschaften seien.

Die Debatte setzte mit interessanten Ausführungen von Krug-Stuttgart ein, der sich gegen die in Württembergs evangelischen Kreisen gepflegte Begünstigung der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften auflehnte. Anebel-Elberfeld meint, man könne die Gewerkschaften nicht ohne weiteres aus den evangelischen Arbeitervereinen ausschließen, da sie doch Klassenrechte erworben hätten und Gewaltmaßnahmen nur böses Aussehen machten. Vogelssang-Essen gab den Hirschen den wohlgemeinten Rat, ihre Gewerkschaften aufzulösen und sich den christlichen Gewerkschaften anzuschließen. Dieser Ansicht stimmte der ganze Kongreß zu. Kloß-Essen ist auf merkwürdige Ansichten in Arbeiterkreisen gestoßen; manche glauben, es genüge, dem christlich-nationalen Arbeiterkongreß anzugehören, dann erübrige sich es, Gewerkschaften beizutreten. Gegen die christlichen Beamten sei eine gewisse Mißstimmung im Wachsen begriffen, weil sich diese bei Prozessionen und dergleichen nicht sehen lassen. Die Beamten sollten doch Wert darauf legen, mitzutun, dadurch werde eine gewerkschaftsfeindliche Stimmung erzeugt. Die Neutralität der evangelischen Arbeitervereine habe dazu geführt, daß dort offen die „Gelben“ sich breit machen, die gewerkschaftsfeindlichen Kreise herausgedrängt und alles auf einen Konflikt vorbereitet werde. Mit den Fachabteilungen sei jede Einigung ausgeschlossen, solange in Berlin in solcher Weise gearbeitet werde. Da könne erst die „rauhe Wirklichkeit“ Aenderung bringen. Lic-Weber-Gladbach wies die gegen den Gesamtverband der Evangelischen Arbeitervereine erhobenen Vorwürfe zurück. Der Gesamtverband habe wenig Einfluß auf die Haltung der einzelnen Verbände. Auch in evangelischen Kreisen frage man oft: Was haben wir eigentlich vom Arbeiterkongreß. Darauf habe er stets entgegnet: Wenn wir den Sozialdemokratie erdrückt! Den Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften solle man nicht Unmögliches zumuten; gegen deren Anschluß an die christlichen Gewerkschaften spreche ihre ganze Geschichte und Vergangenheit. Gloger-Breslau beklagt, daß es den christlichen Gewerkschaften unmöglich gemacht werde, Mitglied der katholischen Arbeitervereine zu bleiben; sie werden einfach ausgeschlossen. In Breslau habe man das Verbandslokal abtreiben wollen. Es sei ausgeschlossen, mit solchen Leuten jemals wieder auf einem Kongreß zusammenzuarbeiten. Paltrusch-Erfurt teilt mit, daß auf dem mitteldeutschen Verbandstag der Evangelischen Arbeitervereine die Vaterländischen Arbeitervereine vertreten waren; auch zahle dieser mitteldeutsche Verband einen Beitrag an den Reichsverband gegen die Sozialdemokratie.

Beschlüsse wurden zu diesem Tagesordnungspunkte nicht gefaßt; man ließ es bei der Aussprache bewenden.

Zeit dieser Leute gar nicht das Kapital der eigenen Nation risiert, daß es vielmehr mit dem Gelde der auswärtigen Gläubiger wirtschaftet. Vor einem halben Jahrhundert haben die nicht bezahlten schwedischen Wechsel Hamburg in jene fürchterliche Krise geführt, die der Ausgangspunkt einer allgemeinen deutschen Krise von verheerender Wirkung wurde. Und es ist gar nicht ausgeschlossen, daß die Folgen der immensen Verluste des schwedischen Generalstreiks auch wieder auf unser deutsches Wirtschaftsleben zurückfallen. Wer Krieg führen will, der soll das gefälligst mit eigenem Gelde tun. Aber einen wirtschaftlichen unsozialen Krieg zu führen, mit Bankkrediten, die zum Teil das Ausland bezahlen muß, das ist die Taktik eines Unternehmers, der eine günstige Gelegenheit sucht, um den schon lange selbst verschuldeten Bankrott mit dem Schein von Schuldlosigkeit erklären zu können."

Schärfer kann das unverantwortliche Gebaren der schwedischen Unternehmerführer auch von der Arbeiterpresse nicht charakterisiert werden. Der „Vorwärts“ hatte bereits beim Beginne des Kampfes auf dieses Faktum aufmerksam gemacht, was die schwedische bürgerliche Presse, später durch die reaktionären Blätter Deutschlands unterstützt, zu einer wahren Schlammschlacht von Beschimpfungen gegen den „Vorwärts“ veranlaßte. Jetzt bestätigt ein angesehenes, unabhängiges Börseorgan die Richtigkeit der Darlegungen des „Vorwärts“ in noch viel schärferer Form und viel eingehender, als das Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei, das keine kapitalistischen Interessen zu vertreten hat, es nötig hatte. Die schwedische Presse schweigt nun; sie bestätigt damit, daß der „Plutus“ ins Schwarze getroffen hat. Die bürgerliche Presse Deutschlands sollte aber lieber diese Seite des Kampfes einmal untersuchen, als die Schwindelnachrichten des schwedischen Unternehmertums als bare Münze ihren Lesern vorzulegen. Schließlich werden diese Nachrichten die einzige „bare Münze“, die übrig bleibt.

## Anderer Organisationen.

### Vom 7. Kongreß der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.

#### Schluß.

An dritter Stelle erörterte der Kongreß das Verhältnis der christlichen Gewerkschaften zur christlich-nationalen Arbeiterbewegung. Zwei Referate der Abg. Behrens-Essen und Giesberts-M.-Gladbach leiteten die Aussprache darüber ein. Hr. Behrens beschränkte sich hauptsächlich auf die evangelische Richtung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung. Er erklärte, die Behandlung dieser Frage sei notwendig geworden wegen Meinungsverschiedenheiten, die der Klärung bedürfen; auch der nächste christlich-nationale Arbeiterkongreß werde zu diesem Thema Stellung nehmen. Redner geht auf die Anfänge der christlichen Arbeiterbewegung und auf die Gründung der christlichen Gewerkschaften ein, die erfolgt sei, da anders die Konkurrenz mit den sozialdemokratischen Gewerkschaften nicht aufgenommen werden konnte. Das Bedürfnis eines geschlossenen Zusammenwirkens der christlich-nationalen Organisationen habe zur Veranstaltung des Arbeiterkongresses 1903 geführt, dem ein weiterer (1907) folgte. Der Beschluß des ersten Kongresses, die Mitglieder der konfessionellen Vereine den christlichen Gewerkschaften zuzuführen, zeitigte im evangelischen Lager Auseinandersetzungen, in deren Verlauf der Gesamtverband der evangelischen Arbeitervereine den

Mitgliedern die Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine empfahl. Die christlichen Gewerkschaften könnten diesen Dualismus sehr wohl vertragen, denn die meisten Mitglieder der evangelischen Arbeitervereine gehören ihnen bereits an. Aber unangenehm sei die Situation doch und bedürfe der Klärung. Den Gewerksvereinen stehe der Zutritt zu den Arbeiterkongressen offen, wenn sie sich auf den Boden christlich-nationaler Weltanschauung stellen, gewerkschaftliche Ziele verfolgen und soziale Reformen erstreben. Der konfessionelle Arbeiterverein sei die notwendige Ergänzung der christlichen Gewerkschaft und umgekehrt. Es handle sich um ein Prinzip, nicht um die Gewinnung von Mitgliedern. Eine völlige Personalunion der Mitglieder beider Gruppen werde nie ganz zu ermöglichen sein. Redner erörtert die weitere Entwicklung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung, ihre Ziele und unersledigten Programmpunkte, sowie ihre Aufgaben auf dem Gebiete der Jugendorganisation. Gegenüber den sozialdemokratischen Organisationsversuchen müßten die katholischen Gesellenvereine und die evangelischen Jünglingsvereine, in engerem Zusammenwirken mit den christlichen Gewerkschaften, vorgehen. Die Jugend müsse in entsprechendem Alter diesen Vereinen zugeführt werden. Am Schlusse sprach sich Redner über die Aussichten der christlich-nationalen Arbeiterbewegung aus. Ein sozialdemokratischer Schriftsteller habe ihr eine schlechte Zukunft prophezeit. Aber diese Bewegung habe die gleiche Zusammenfassung wie die sozialdemokratische; bloß Antipfaffen könne sie nicht brauchen. Auch habe sie keine Diktatur. Wenn in den 6 Jahren des Bestehens auch nicht alle Mäntelträume gereift seien, so bestehe die Sozialdemokratie schon 6x6 Jahre und habe auch nicht alles erreicht.

Der zweite Redner, Giesberts-M.-Gladbach, behandelte das Thema weniger oberflächlich; er drang mehr in die Tiefe der Streitfragen ein und sagte offen, worauf es ankomme. Die christlich-nationalen Kongresse seien veranstaltet, um den christlichen Gewerkschaften für ihre sozialpolitischen Forderungen einen Resonanzboden zu schaffen. Es gilt, die übrigen Organisationen allmählich zu durchdringen und sie für gewerkschaftliche Bestrebungen empfänglich zu machen. Sein Wort, daß man die Bekämpfung der sozialdemokratischen Gefahr denen überlassen möge, die sie erst großgezogen haben, sei vielfach mißdeutet worden; er stehe aber noch heute auf diesem Standpunkte, denn nichts sei verkehrter als der ewige Protest gegen die Sozialdemokratie. Auf keinen Fall dürften christliche Arbeiter den Anlaß zur Uneinigkeit und Zersplitterung der Arbeiter geben. Den Hirsch-Dunderschen Gewerksvereinen werde der Zutritt zu den Kongressen nicht verweigert. Aber erst habe man sie fast Iniefällig gebeten und nun sei es ohne diese gegangen und gehe es auch weiter so. Entscheidend sei, daß die christlichen Gewerkschaften nur so lange in der christlich-nationalen Arbeiterbewegung mitun, als ihre christlichen Grundsätze nicht tangiert würden.

Die konfessionellen Arbeitervereine haben für sie ein prinzipielles Interesse; wenn diese Vereine verschwänden, dann fließe der Boden den christlichen Gewerkschaften unter den Füßen hinweg. Die konfessionellen Vereine müßten dem in Arbeiterkreisen an Umfang gewinnenden Unglauben entgegenwirken; sie sollen aber auch dem Leben des Arbeiters einen idealen

Die Kommission zur Beratung der Leitzätze betreffend die Reichsversicherungsordnung berichtete, daß erhebliche Änderungen an diesen Leitzätzen notwendig waren. Die von der Kommission beschlossenen Leitzätze wurden en bloc angenommen.

Ferner fand ein Antrag Annahme, der die christliche Gewerkschaftspresse anweist, mehr als seither gegen gewerkschaftliche Monopollantträge Stellung zu nehmen. Begründet wurde der Antrag unter Hinweis auf den Organisationsvertrag im Chemigraphengewerbe, der die christlichen Mitglieder in die freie Organisation hineinzwingt. Sogar die christlichen Lehrlinge würden in solcher Weise organisiert.

Den Ausgesperrten von Solnhofen sprach der Kongreß seine Sympathie aus. Die Bestimmung des Tagungsortes des nächsten Kongresses bleibt dem Ausschuß überlassen. Nach erfolgter Wahl des Ausschusses wurde der Kongreß unter den üblichen Formalitäten geschlossen.

## Mitteilungen.

### Leistung

über die in der Zeit vom 1. bis 14. August 1909 bei der Generalkommission eingegangenen Unterstützungsgelder für den allgemeinen Ausstand in Schweden.

#### a) Von den Vorständen der Centralverbände:

Textilarbeiter 5000,—, Kürschner 500,—, Bergarbeiter 10 000,—, Schmiede 500,—, Porzellarbeiter 1000,—, Rotmischer 100,—, Handlungsgehilfen 1000,—, Steinseher 500,—, Fleischer 100,—, Tabakarbeiter 2000,—, Bildhauer 500,—, Hutmacher 1000,—, Dachdecker 300,—, Buchbinder 2000,—, Kupfer schmiede 500,—, Metallarbeiter 23 000,—, Lithographen 5000,—, Lagerhalter 300,—, Maler 3000,—, Maurer 20 000,—, Gastwirtsgehilfen 100,—, Zigarrenfortierer 1000,—, Buchdrucker 10 000,—, Schiffszimmerer 500,—, Schneider 5000,—, Töpfer 3000,—, Maschinisten und Heizer 500,—, Transportarbeiter 2000,—, Lederarbeiter 1000,—, Fabrikarbeiter 3000,—, Sattler und Portefeuller 500,—, Holzarbeiter 20 000,— Mk.

#### b) Von den Gewerkschaftsartellen:

Berlin 7400,—, Stadtdendorfer 30,—, Hannover 3600,—, Rößlau a. Elbe 60,—, Eckernförde 50,—, Glogau 100,—, Staßfurt 50,—, Erfurt 600,—, Weinheim 30,—, Neufelshaus 60,—, Mügeln 350,—, Nahlau 50,—, Neßschau 156,50, Neumünster 535,—, Elmshorn 200,—, Magdeburg 800,—, Minden 60,—, Dietrichsdorf 100,—, Danzig 400,—, Uetersen 100,—, Cottbus 400,—, Hamburg 12 800,—, Altona 25,—, Niesbach (O.-B.) 50,—, Flensburg 1000,—, Schiffbeck-Steinbeck 300,—, Zehdenick 5,—, Offenbach a. M. 410,—, Melle 100,—, Hildburghausen 30,—, Nürnberg 1000,—, Dessau 100,—, Kaufbeuren 25,—, Frankfurt a. O. 200,—, Weizenfels 50,—, Verden 50,—, Hildesheim 200,—, Oederan 25,—, Werben a. Ruhr 100,—, Halle a. S. 509,50, Hersfeld 40,—, Meerane 300,—, Bergedorf 200,—, Barmen 300,—, Weßlar 20,05, Einbeck 150,—, Hof i. B. 100,—, Lahr i. B. 20,—, Saarbrücken 50,—, Gelsenkirchen 200,—, Jülich i. B. 400,—, Neu-Isenburg 45,—, Rienenburg a. B. 99,80, darunter Sozialdemokratischer Wahlverein Rienenburg 50,—, Pant-Wilhelmshaven 500,—, Schöningen 40,—, Celle 100,—, Weimar 100,—, Königsberg i. Pr. 500,—, Hirschberg i. Schl. 32,—, darunter 2,— von Opitz, Görlitz 200,—, Mühl-

hausen i. Th. 20,—, Wittenberge 100,—, Zabeje i. D.-Schl. 25,—, Plauen i. B. 300,—, Schötmär (Lippe) 20,—, Langenbielau i. Euleng. 200,70, Prenzlau 10,—, Wolfenbüttel 50,—, Neustadt a. Dela 30,—, Brandenburg a. S. 1000,— Mk.

#### c) Von den Ortsverwaltungen der Centralverbände:

**Buchdrucker:** Gau Frankfurt a. M. 250,—, Gau Rheinland-Westfalen 300,—, Swinemünde 10,—, Waldenburg i. Schl. 20,—, Gau Ostpreußen 50,—, Königsberg i. Pr. 25,05, Rostock 10,— **Mk. Bergarbeiter:** Senftenberg (N.-L.) 25,— **Mk. Bureauangestellten:** Gießen 20,— **Mk. Fabrikarbeiter:** Heegermühle 30,— **Mk. Holzarbeiter:** Tetmold 15,—, Wismar 50,— **Mk. Lederarbeiter:** Parchwitz 10,— **Mk. Maler:** Spandau 20,— **Mk. Maurer:** Kiel 1000,—, Haynau i. Schl. 30,— **Mk. Maschinisten und Heizer:** Neumünster 20,— **Mk. Sattler und Portefeuller:** Heusenstamm 20,— **Mk. Schneider:** Essen (Ruhr) 50,—, Bremerhaven 20,—, Pant-Wilhelmshaven 50,— **Mk. Schuhmacher:** Kiel 50,—, Weizenfels 100,— **Mk. Textilarbeiter:** Löbau i. S. 20,—, Ludenthalde 100,— **Mk.**

#### d) Von Parteiorganisationen:

Polnisch-Sozialdem. Verein Hamburg 5,—, Sozialdem. Verein für Rößlau u. Umg. 25,—, Sozialdem. Verein Schwerin i. M. 40,—, Auerbacher Schwabacher Wahlkreis 10,— **Mk.**

#### e) Sonstige Sammlungen:

Georg Bernhard-Charlottenburg 20,—, J. Bernack-Berlin (Ballschuharbeiter) 7,55, Kolonie Bennewitz-Grönland 2,20, Arbeiter-Raucherbund Berlin u. Umg. 100,05, Dr. E. Rosenthal-Berlin 100,— **Mk.** Modelltischler der Masch.-Fabr. Cyllop-Berlin 19,20, Hans Vogle-Berlin 2,—, Holzbearb.-Fabr. Kühle-Berlin 5,—, Italienischer Oscar 3,05, H. Haack-Britz 10,—, A. Cicarin-Waidmannslust 3,—, G. Witt-Charlottenburg 4,90, Ungenannt-Beginnen 5,—, E. Monosohn-Glioni 8,09, Patienten der Heimstätte Buch 20,60, Dr. Kurt Rosenfeld-Berlin 50,—, Rom Schulneubau Tempelin 15,—, Linke-Berlin 3,50, A. Kleinsteuber-Groß-Flottbeck 7,—, W. Könde u. Gen.-Rienburg a. B. 4,—, Patienten des Sanatoriums Tannenbergl. Saales i. Elb. 45,—, Schneider der Firma H. Hoffmann-Berlin 190,05, A. Wagner (Techniker)-Sulzbach (Saar) 5,—, Von einer amerikanischen Auktion durch Schmidt-Berlin 2,60, L. Wunsch-Besitzergebäude (Ungarn) 20,—, F. N. J. Pukbach i. S. 5,—, Arbeiterinnenkomitee-Berlin 506,—, Xylographen durch W. Ndf. 12,20, Einige junge Sozialisten Moabits 3,—, Köpfe-Goslar 30,—, Drei Kollegen der Firma E. Schmidt, Adalbertstraße 3,—, A. J.-Berlin 1,—, A. Meyer-Neustadt i. Holst. 24,60, A. L.-Kreuznach 3,—, S. Nippel-Rotenburg (Fulda) 1,—, Dr. S. Reich-La Gotttrauf (Ormont-Dessus) 10,—, W. S.-Schwald (Tirol) 2,—, Paris 4,03, Deutscher Arbeiterverein Brüssel 16,12, S. O. K. 15-Oberkaufungen b. Cassel 3,—, A. Baumann u. Spangpusch-Berlin 2,—, 26 Patienten der Heilstätte Oberkaufungen b. Cassel, obere fünfte Halle 5,—, G. Braun-Tegel 1,50, Arb.-Radfabrikerverein Schleswig 10,— **Mk.** In Summa 164 033,84 **Mk.**

Berlin, den 14. August 1909.

Hermann Kube.

#### An die Verbands Expeditionen.

Der Nr. 35 des „Corr.-Bl.“ wird die Literatur-Beilage Nr. 8 beigegeben werden.

Die Redaktion.